

Theorie im Schatten einer ungewissen Zukunft

Bericht zum Kongress *Politische Theorie in Zeiten der Ungewissheit*,
Universität Bremen, 27.–29. September 2023

*Imadé Aigbobo**

Klimakatastrophe, Kriege und Kollaps. Dass wir angesichts der multiplen lokalen und globalen Krisen einer ungewissen Zukunft entgegensteuern, hat sich spätestens seit der COVID-19-Pandemie auch in das Alltagsbewusstsein der meisten Menschen des globalen Nordens eingebrannt. Es bedarf wohl keiner tiefgreifenden Untersuchungen, um eine allgemeine Ungewissheitserfahrung als das zentrale Merkmal unserer Zeit zu diagnostizieren. Auch die paradigmatischen politischen Narrative und Bewältigungsstrategien scheinen an ihre Grenze zu kommen, womit die Politische Theorie und Ideengeschichte vor die Aufgabe einer umfassenden Problemreflexion gestellt wird. Angesichts der Dimension dieser Problemstellung bedarf es einer explorativen Reflexion, die nicht an Disziplingrenzen halt machen kann und auch über den engen Blickwinkel des westlichen Denkens hinausragen muss.

Diese komplexe und herausfordernde Situation nahm die DVPW-Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte zum Anlass, um vom 27. bis 29. September 2023 an der Universität Bremen erstmalig in Deutschland einen internationalen Kongress der Politischen Theorie auszurichten. In spätsommerlicher Atmosphäre fand auf dem grünen Bremer Campusgelände ein gut besuchter Theoriekongress statt, bei welchem es sich mit zwei Keynotes, 41 Panels und mehr als 250 Teilnehmenden – auch aus Nachbardisziplinen wie der Philosophie, Psychoanalyse oder Rechtswissenschaft – um die bisher größte von der Theoriesektion ausgetragene Veranstaltung handelte. Da die meisten Panels des Kongresses auf Englisch stattfanden, waren auch Theoretiker:innen aus dem Ausland vertreten, um ihre Überlegungen zu teilen.

Die Vortragenden setzten sich in bis zu sieben parallel stattfindenden Panels aus den unterschiedlichsten Perspektiven mit dem Themenkomplex der Ungewissheit auseinander. Dies hatte allerdings auch zur Folge, dass ein tiefergehender Austausch über die

* Imadé Aigbobo, Universität Augsburg
Kontakt: imade.aigbobo@student.uni-augsburg.de

Vorträge nur im Kreis der Panelbesucher:innen stattfinden konnte und das Gefühl, möglicherweise etwas in einem anderen Panel verpasst zu haben, ein stetiger Begleiter war. Im folgenden Tagungsbericht kann somit selbstverständlich nur ein kleiner Ausschnitt der 135 Beiträge vorgestellt werden. Behandelt werden, neben den Keynotes von *Yves Sintomer* (Paris) und *Sofia Näsström* (Uppsala), vor allem einige der zahlreichen Beiträge der ‚Nachwuchs‘-Theoretiker:innen, die in den thematisch breit gefächerten Panels die Gelegenheit hatten, ihre Forschungsansätze und Überlegungen dem vielfältigen und interdisziplinären Publikum zu präsentieren.²

Den Kongress eröffnete *Yves Sintomer* (Paris), der in seiner Keynote mit dem Titel *Democracy 3.0: Beyond Sovereignty?* die Zukunftsfähigkeit des westlich-liberalen Demokratiemodells zur Diskussion stellte sowie Ansätze für eine der ungewissen Zukunft gewachsenen Demokratie 3.0 präsentierte.

Für Sintomer stellt die Entwicklung der Demokratie im globalen Norden einen historischen Sonderweg dar, der folglich nicht als universelle Blaupause dienen könne. Im ersten Teil des Vortrags zeigte Sintomer die Grenzen des westlichen Modells auf, wobei er den Fokus auf die spezifischen historischen Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg legte, welche die Entwicklung der westlichen Demokratien des 20. Jahrhunderts ermöglichten. Zu diesen Bedingungen zählt Sintomer die aus einer weltstheoretischen Perspektive ökonomische und politische Zentrumsposition des Westens und die daraus hervorgehende Möglichkeit des Aufbaus eines Wohlfahrtsstaats, eine effiziente Nationalstaatlichkeit sowie die *great acceleration* zum Anthropozän als Folge der extensiven Nutzung fossiler Energieträger.

Das Zusammenfallen verschiedener tiefgreifender struktureller Krisen erschüttert laut Sintomer die Grundfesten der westlichen Demokratie. Im Gegensatz zu den dominanten Narrativen zur Zukunft der Demokratie, wie etwa Francis Fukuyamas (1992) Postulat des Endes der Geschichte, zeigten die aktuellen Entwicklungen im globalen Norden, wie der Zusammenbruch der Volksparteien und der zunehmende Vertrauensverlust in die Politik, dass das „Goldene Zeitalter“ der liberalen Demokratie zu Ende sei und die Ausweitung der liberalen Demokratie auf die Welt nach dem Fall des Kommunismus in Europa größtenteils ein Misserfolg gewesen sei, womit die liberale Demokratie „an exclusive club“ bleibe. Das westliche Demokratiemodell könne im 21. Jahrhundert nicht einfach in einem globalen Maßstab reproduziert werden, so die Kernthese seines Vortrags.

Im zweiten Teil des Vortrags verdeutlichte Sintomer an der Problematik der Etablierung einer effektiven *climate governance* und der Regulierung der Künstlichen Intelligenz exemplarisch die Unzulänglichkeiten eines auf nationalstaatlicher Ebene verankerten Demokratiemodells. Das klassische Souveränitätsprinzip und die Gewaltenteilung hätten sich als unzureichend erwiesen, um globale Probleme (effektiv) angehen zu können. Es müsse eine *global governance* jenseits der Souveränität und der pyramidalen Vorstellung

2 Kongresssplitter zu einer Vielzahl weiterer Panels finden sich auf: <https://www.theorieblog.de/index.php/2023/10/theorieblog-berichterstattung-zum-theoriekongress-vielfalt-in-blogpostform/>, 30.01.2024.

von Macht konzipiert werden. Das „reale“ Bild der *global governance* entspreche vielmehr einem diffusen Geflecht mit mehr oder weniger untereinander vernetzten Machtclustern.

Abschließend stellte sich Sintomer der Frage, wie eine Demokratie 3.0 angesichts der ungewissen Zukunft des liberalen Demokratiemodells aussehen könnte. Zunächst ging er hierzu auf Ansätze ein, die für ihn keine langfristige Lösung darstellen. Dazu gehört Samir Amins (1990) Vorschlag der *disconnection*, also der Bruch mit der globalisierten Welt, um zu einer nationalstaatlichen Souveränität zurückzukehren. Auch die bloße Verteidigung der liberalen Demokratie gegen den Populismus oder weitere Versuche, diese im globalen Süden zu etablieren, seien ebenso unzureichende Lösungen wie eine Stabilisierung der Demokratie durch eine am Kalten Krieg orientierte erneute Blockbildung. Es bedürfe vielmehr der Einsicht, dass der *way of life* des globalen Nordens in großem Maße mitverantwortlich für viele der gegenwärtigen Krisen sei und eine Lösung nicht nur innerhalb des etablierten demokratischen Paradigmas gesucht werden könne.

Auch wenn Sintomer keine konkreten Vorschläge für ein neues Demokratiemodell ausformulierte, stellte er eine Vielzahl von Ansätzen und Problemkonstellationen vor, die eine Demokratie 3.0 berücksichtigen, lösen und umsetzen solle. Hierzu zählt er beispielsweise die Bändigung des transnationalen Kapitalismus, die Verknüpfung von sozialen Bewegungen mit repräsentativer, direkter und deliberativer Demokratie sowie die Reformierung und Erweiterung der multilateralen Zusammenarbeit. Anknüpfungspunkte für eine neue demokratische Revolution, die von „unten“ zu einem Paradigmenwechsel führen könnten, erkennt Sintomer im *MeToo-movement* oder in der internationalen Frauenstreikbewegung.

Im ersten Beitrag des Panels *Prekäre Subjektivierung. Kritische Perspektiven auf Semantiken der Krise* zeigten Brigitte Bargetz (Kiel/Wien), Nina Elena Eggers (Hamburg/Bremen) und Sara Minelli (Kiel) mit ihrem Vortrag *Prekäre Zukünfte? Krisenhafte Subjektivierungsweisen und autoritär-populistische Politiken der Zeit* die Beziehung zwischen den krisenhaften Subjektivierungsweisen der Gegenwart und einer autoritär-populistischen Zeitpolitik auf. Die in der gegenwärtigen Krise prekäre Subjektivierung durch die neoliberalen Subjektivierungsweisen des *homo oeconomicus* in Verbindung mit der Subjektivierungsweise, die ausgehend von Engin Isin (2004) als „neurotische Subjektivierungsweise“ des *homo neuroticus* bezeichnet wird, schaffe „neurotisch-neoliberale“ Subjekte, die sich durch eine Ohnmachtserfahrung und eine Zukunftslosigkeit auszeichneten. Genau diese Subjekte versuchten autoritäre Populist:innen durch eine „Politik der Vergegenwärtigung“ anzurufen, indem sie einerseits deren Ängste und Verunsicherung durch apokalyptische Narrative befeuerten und andererseits durch das Angebot simpler Lösungen der Krisen der Gegenwart souveräne Handlungsmacht sowie die Gestaltbarkeit der Zukunft versprächen. Die autoritär-populistischen Praxen seien dabei gleichzeitig aktionistisch-transformativ und konservativ-beständig, da das Narrativ der bevorstehenden Apokalypse mit einem Heilsversprechen verbunden werde, welches nicht auf das radikal Neue, sondern auf die „Wiederherstellung einer (idealisierten) Vergangenheit“ abziele.

Im Vortrag *Von der Erschöpfung zur Wut. Politische Subjektivität in der Krise* versuchten Fynn Semken (Wien) und Julia Werthmann (Wien) durch eine Ausdifferenzierung des radikaldemokratischen Krisenbegriffes eine vielschichtigere Perspektive auf das Konzept der Krise und ihre Subjekte zu eröffnen. Aufbauend auf dem Krisenverständnis der Diskurstheorie nach Laclau, Mouffe und Stavrakakis stellten sie die These auf, dass zwischen einem „offenen und einem geschlossenen Krisendiskurs“ unterschieden werden könne, mit welchen jeweils unterschiedliche affektive Subjektweisen einhergingen, die wiederum spezifisch auf die politischen Dynamiken zurückwirkten. Während offene Krisennarrative Krisen als antagonistische Aushandlungsprozesse fassten, im Zuge derer Wut als potenziell (politisch) mobilisierender Affekt im Subjekt aufkomme, handele es sich bei dem im postpolitischen Neoliberalismus vorherrschenden geschlossenen Krisennarrativ um eine „depolitisierende Krisensemantik“, welche Krisen zu einem Ringen mit sich selbst internalisiere und Erschöpfung als affektive Folge mit sich bringe. Am Beispiel des Diskurses um die Klimakrise als ein sich öffnendes Krisennarrativ verdeutlichten Semken und Werthmann, dass die von ihnen postulierte Differenzierung des diskurstheoretischen Krisenbegriffes einen fruchtbaren Beitrag liefert, um die Beziehung von Krisendiskursen und politischer Subjektivität genauer zu perspektivieren.

Ausgehend von dem Antonio Gramsci zugeschriebenen Zitat „Die alte Welt stirbt. Die neue erscheint nur langsam. Und in diesem Helldunkel werden die Monster geboren“, versuchten Henrike Bloemen (Münster) und Anna Weithaler (Wien) in ihrem Vortrag *Subjektivierung in der Krise: Die Zeit der ‚Monster‘?* nicht nur, die Semantik der Krise zu untersuchen, sondern diese auch für Überlegungen der (prekären) Subjektivierung aus queer-feministischer und radikaldemokratischer Perspektive produktiv anschlussfähig zu machen. Ihr Vortrag wurde dabei künstlerisch von Bildern der 2018 und 2019 in Rom ausgestellten Installationen des chilenischen Künstlers Alfredo Jaar, in denen er auf das Gramsci-Zitat rekurrierte, begleitet. Zunächst zeichneten Bloemen und Weithaler mit Michel Foucault die Begriffsgeschichte des Monsters nach, wobei das Monströse als Kennzeichnung der Krise identifiziert wurde. Ausgehend von Foucaults Figur des *monstre moral* ‚von unten‘ wurde zur Neukodierung des Monströsen bei Sara Ahmed (2014) übergeleitet. Im Anschluss daran arbeiteten die Vortragenden dessen demokratisierendes Potential heraus und plädierten für eine der eigenen Prekarität bewussten „monströsen Subjektivierung“.

Magdalena Hengst (Siegen) las in ihrem Beitrag *Das versehrte Subjekt und körperliche Handlungsmacht: Die Revolution der Körper in Iran* die Praxis des Hijab-ablegens mit Judith Butler als performative Handlungsermächtigung. In einem ersten Schritt zeichnete Hengst Butlers Subjektivitätsverständnis nach, wobei sie vor allem auf die Möglichkeit der Handlungsmacht „versehrter Subjekte“ fokussierte. Auch wenn diese sich aufgrund repressiver und ausschließender Normen teilweise überhaupt nicht als verstehbare und intelligible Subjekte konstituieren könnten, sei Widerstand gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse möglich. Am Beispiel der Rechtspraktiken des Irans, die den Subjektstatus von Frauen institutionell und rechtlich negieren, interpretierte Hengst mit Butlers Körper-Konzept das Hijab-ablegen als eine widerständige Praxis, die ausgehend vom

Körper als einem ‚Ort‘, an dem Möglichkeiten realisiert werden, eine Gegen-Bedeutung schaffe, welche die herrschenden Geschlechtervorstellungen unterwandere und angreife.

Im Panel *Unsicherheit als Ressource: Konfliktive politische Praktiken und demokratische Politik in Zeiten der Ungewissheit* verwies Vincent August (Berlin) in seinem Beitrag *Theorie demokratischer Konflikte: ein integrativer Entwurf* auf eine Lücke in der agonalen Demokratietheorie. Sie sei eine „Demokratietheorie des Konflikts ohne Konflikttheorie“, da sie keinen elaborierten Begriff des demokratischen Konflikts aufweise. Um diese Lücke zu schließen, schlug August eine empirisch fundierte Theorie demokratischer Konflikte vor, welche auf der Integration der Erkenntnisse aus Soziologie, Sozialpsychologie und Demokratietheorie beruhen solle. Dieser Ansatz erfordere unter anderem eine Einbeziehung der Konfliktlagen der reflexiven Moderne und eine Aktualisierung des prozessualen historischen Ansatzes der *cleavage*-Theorie.

In dem Vortrag *Anarchistische (Anti-)Politik als produktive Spannung in Zeiten der Ungewissheit* thematisierte Jonathan Eibisch (Jena) die spezifischen und paradoxen Antwortversuche des anarchistischen Politikverständnisses auf Politik in Zeiten der Ungewissheit. Die radikale Kritik des Anarchismus am Politischen und Politikmachen im weiteren Sinne könne ungewohnte Perspektiven für die politische Theorie eröffnen. Eibisch konturierte den anarchistischen Politikbegriff als gouvernemental, negativ-normativ, konfliktorientiert und (ultra-)realistisch und verwies auf dessen Verwandtschaft mit jenem der radikalen Demokratietheorien, wobei der anarchistische diese jedoch transzendiere und somit den Blick auf ganz andere Schlussfolgerungen lenke. Das anarchistische Politikverständnis eigne sich besonders dazu, konfliktive Praktiken, selbstorganisierte Gruppen und Gemeinwesen sowie (anti-)politische Narrative und Ideologien zu untersuchen, da das anarchistische Politikverständnis diese zutreffender beschreiben und interpretieren als herkömmlichen Politikbegriffe.

Katharina Liesenberg (Darmstadt) diskutierte in dem Beitrag *Gesellschaftstheoretische Voraussetzungen von Konflikt nach John Dewey* die gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen von Konflikten. Liesenberg liest Dewey hierbei explizit als Theoretiker gesellschaftlicher Konflikte, da dieser sich in seinem Werk tiefgehend mit den notwendigen Voraussetzungen einer funktionierenden konfliktiven Demokratie auseinandersetze. Nach Dewey stellten Konflikte, Krisen und Ungewissheiten kein Hindernis dar, sondern seien elementare Bestandteile von Gesellschaften und eine wichtige Ressource demokratischer Politik. Um diese Ressource gewinnbringend zu verwerten, bedürfe es jedoch der Entwicklung anpassungsfähiger Gewohnheiten im Umgang mit Konfliktgeschehen, die eine dahingehende Reform der Bildung und der Institutionen als Orte der kollektiven Konfliktaushandlung voraussetzten, was laut der Referentin auch als eine Kritik der herrschenden Verhältnisse verstanden werden müsse. Deweys Kritik und Plädoyer aufgreifend, argumentierte Liesenberg für eine tiefgreifende Reform bestehender demokratischer Institutionen, um Bürger:innen zu einem für die Demokratie produktiven Umgang mit Krisen und Ungewissheit zu befähigen.

Das Panel *Challenging the Metaphysics of Uncertainty: Feminist and Post-Colonial Critiques of Uncertainty* eröffnete Mareike Gebhardt (Münster), die in ihrem Vortrag *To flee or not to flee: Crisis Narratives and Fugitive Subjectivities* versuchte, über das Konzept *fugitivity* einen Ausgangspunkt für einen Dialog zwischen der Demokratietheorie und dem schwarzen feministischen Denken zu schaffen. Im Denken des Schwarzen Feminismus sei *fugitivity* stets mit der „lived experience of Blackness“, also der Erfahrung des Leids unter einer (neo-)kolonialen Nekropolitik, aber gleichzeitig mit dem Widerstand gegen ebendiese verbunden, da die *fugitivity* auch das Entkommen aus der brutalen Souveränität der Herren miteinschleife. In diesem rebellischen beziehungsweise revolutionären Moment des Flüchtigen, welches die absolute Autorität eines Souveräns unterminiere, erkennt Gebhardt Verbindungen mit dem Strang der Demokratietheorie, der die Flüchtigkeit des Demokratischen hervorhebt. So verstehe etwa Sheldon Wollin (2016) in seinem Artikel *Fugitive Democracy* die Demokratie als ein flüchtiges, politisches und rebellisches Moment, in dem das Politische erinnert und neu geschaffen werde und dabei auch das Potenzial habe, ins Revolutionäre zu münden. Gerade in der Erforschung von Migration und Mobilität, in der sich das Verhältnis von Flucht und Demokratie miteinander verflechte, könnten durch einen Austausch zwischen dem Konzept der *fugitivity* des Schwarzen Feminismus und der Demokratietheorie fruchtbare Perspektiven eröffnet werden, die auch die Kolonialität der Demokratie und der Demokratietheorie thematisieren.

Liesbeth Schoonheim (Berlin) formulierte in ihrem Beitrag *Storytelling and Environmental Uncertainty: Some Notes on Care for the World and Despair at its Future* unter Rückgriff auf Hannah Arendt sowie theoretische Ansätze aus den feministischen *Science and Technology Studies* und dem Schwarzen Feminismus eine neue, politisch-existenzielle Antwort auf die Frage nach der Sorge um die Welt angesichts der Verzweiflung, die mit der Klimakatastrophe einhergeht. Nach Schoonheim können als Reaktion auf diese Verzweiflung zwei Formen von Hoffnung entspringen. Zum einen die weitverbreitete liberale Hoffnung des „denialist optimism“, die, von einer linearen Zeitlichkeit ausgehend, der Vorstellung einer bevorstehenden Katastrophe begegnet, indem sie versucht, die Verzweiflung zu verdrängen und sich in eine Zukunft flüchtet, auf deren technische Innovation sie vertraut. Zum anderen die Hoffnung des „affirmative pessimism“, als „hope without a object“, welche mit der Linearität bricht und somit die Katastrophe nicht nur als ein zukünftiges Ereignis betrachtet, sondern als etwas, das bereits in der Gegenwart ständig präsent ist. Veranschaulicht werden diese beiden Hoffnungsvorstellungen anhand ihrer spezifischen Geschichtserzählungen. Während die erste von der Annahme eines souveränen, einzigen Mannes ausgeht, der der Haupt-Held einer Geschichte ist, werde in der zweiten eine Vielzahl von Protagonist:innen vorausgesetzt, die in verschiedenen Beziehungen zueinanderstehen. Abschließend konstatierte Schoonheim, dass die Fürsorge, die der „denialist optimism“ voraussetze, viel eher zum Paternalismus neige als die des „affirmative pessimism“.

Catherine Koekoek (Rotterdam) widmete sich in ihrem Vortrag *Democratic Openness, Neoliberal Closures: A History of Democratic Infrastructures in Rotterdam* der demokratischen Infrastruktur Rotterdams. An dem konkreten Fallbeispiel des Aufstiegs

und des Niedergangs der Gemeindezentren in Rotterdam versuchte die Referentin zu zeigen, dass die Identifikation mit der Demokratie maßgeblich davon abhängt, dass demokratische Infrastrukturen vorhanden sind, die es Menschen ermöglichen, demokratisch zusammenzukommen, um kollektiv mit Ungewissheit, Vielfalt und Unterschiedlichkeit umgehen zu können. Die Demokratisierungsbewegung des letzten Jahrhunderts habe strukturell Raum geschaffen, in dem sich die unterschiedlichsten Bewegungen nach ihren eigenen Bedingungen organisieren konnten. Mit der Privatisierung und dem Ende der öffentlichen Finanzierung dieser physischen Orte, welche Koekoek mit *bell hooks* (1989) auch als „spaces of radical openness“ bezeichnet, sei eine Grundbedingung der Möglichkeit demokratischer Artikulation verlorengegangen, was zu einer zunehmenden Desillusionierung der Bürger:innen mit der Demokratie geführt habe. Koekoek erkennt in dem Zerfall der demokratischen Infrastruktur auch einen Grund für den Aufstieg des Rechtspopulismus.

In der zweiten Keynote des Kongresses stellte *Sofia Näsström* (Uppsala) in ihrem Beitrag *Democracy and the Social Question* die Soziale Frage in den Fokus ihrer Überlegungen zur Zukunft der Demokratie in ungewissen Zeiten. Die Erfahrung der Ungewissheit könne zwar als Ressource für demokratische Reformen und Erneuerungen dienen, es bestünde durch sie jedoch immer auch die Gefahr eines Erstarkens autoritärer Kräfte. Um sicherzustellen, dass die Ungewissheit der Demokratie zugutekommt, bedürfe es nicht nur einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage, so die zentrale These der Keynote.

Zu Beginn ging Näsström auf die Ambiguitäten der Demokratie ein. Die Attraktivität moderner Demokratien gründe hauptsächlich in dem Versprechen, Armut zu beseitigen und soziale sowie wirtschaftliche Ungleichheit zu verringern. Die Tatsache, dass dieses Versprechen für viele nicht eingelöst werde, führe zur Erfahrung der Ungewissheit bei den Betroffenen, wodurch diese anfällig für die politischen Angebote derer würden, die Demokratie beseitigen möchten. Um dies zu verhindern, sei es entscheidend, das Soziale in das Konzept von Demokratie zu integrieren.

Laut Näsström habe das „spectre“ (Gespenst) des Sozialismus, welches stets mit der Sozialen Frage in Verbindung gebracht worden sei, dazu geführt, dass die politische Theorie des 20. Jahrhunderts sich der tiefgreifenden Beschäftigung mit der Sozialen Frage verwehrt und das Soziale vom Politischen getrennt habe. Ausgehend von dieser Annahme widmete sich Näsström politischen Theorien, die sich trotz alledem mit der Frage des Verhältnisses der Demokratie beziehungsweise des Politischen und des Sozialen auseinandersetzten. Hierbei unterschied sie zwischen Theorien, die das Soziale als „prepolitical“ auffassen und daher die Soziale Frage von der Demokratie trennen (zum Beispiel Hannah Arendt, Thomas Piketty) und Theorien, die die Soziale Frage als „too political“ zurückweisen (zum Beispiel Hans Kelsen, Joseph Schumpeter) oder sie wegen ihrer mutmaßlich depolitizierenden Tendenzen als „apolitical“ deuten (zum Beispiel Jürgen Habermas, Chantal Mouffe, Ernesto Laclau). Mögliche alternative Ansätze, welche zur Betrachtung des Verhältnisses von Demokratie und der Sozialen Frage fruchtbar

gemacht werden könnten, lassen sich nach Näsström in der Staatstheorie Montesquieus und in der Kulturosoziologie Andreas Reckwitz finden.

Abschließend setzte sich Näsström mit den Gründen auseinander, die zum derzeitigen „predicament“ geführt haben. Vor allem die Vernachlässigung der Sozialen Frage in einer vom Neoliberalismus geprägten Demokratie habe zu einer grassierenden Ungewissheit geführt, die autoritäre Populist:innen nun zu ihren Zwecken ausnutzen. Ihr Plädoyer lautete: „Uncertainty should be equally shared and distributed“. Dies könne nur erreicht werden, wenn die Soziale Frage wieder ernst genommen und als Teil der Demokratie verstanden werde.

Das Panel *Verunsicherungen einer ‚natürlichen Ordnung‘. (Queer-)Feministische Un/Gewissheiten* befasste sich mit den (gewaltvollen) Konsequenzen der essenzialisierten Ordnungskategorie ‚Natur‘ und den emanzipatorischen Potenzialen, die sich aus (queer-)feministischer Perspektive durch die Konfrontation mit diesen ergeben.

Einleitend erörterte *Judith Goetz* (Innsbruck) in dem Vortrag *Die Wiederherstellung der ‚natürlichen Ordnung‘ – Die antifeministischen Strategien des christlichen Agenda Europe Netzwerks*, wie die fundamentalchristlichen Akteur:innen des Netzwerks *Agenda Europe* unter Berufung einer von der ‚Natur‘ abzuleitenden „objektiven Wahrheit“ ihre Angriffe auf Feminismus, LGBTIQ+-Aktivismus, Genderforschung und Gleichstellungspolitik legitimieren. Dabei bezog sie sich auf die Ergebnisse ihrer Analyse des vom Netzwerk veröffentlichten Papiers *Restoring the Natural Order* (Agenda Europa 2014), in welchem Strategien zur Frage des Umgangs mit den Themen Sexualität, Gleichheit und (Anti-)Diskriminierung entwickelt wurden. Das Netzwerk ziele langfristig auf eine „Re-Sakralisierung“ von Politik, Recht und Gesellschaft ab. Um dies zu erreichen, versuche das Netzwerk, durch eine strategische Säkularisierung seiner Argumentation Einfluss auf den politischen und juristischen Diskurs zu nehmen. In diesem Sinne werde der christliche Glauben mit „objektiver Wahrheit“ gleichgesetzt und der ordnungsstiftende göttliche Willen zu einem durch die natürliche Ordnung begründeten Naturrecht umformuliert.

Ausgehend von der Kritischen Theorie untersuchte *Carla Ostermeyer* (Innsbruck) im Beitrag *Gesellschaftliche Ordnung durch Natur? Überlegungen zur Naturbeherrschung in rechten Ideologien* den Stellenwert der Konzepte der ‚natürlichen Ordnung‘ und der ‚Natur‘ in rechten Ideologien. Zunächst verdeutlichte sie durch die Betrachtung von Naturbeherrschung und der Naturalisierung von Menschen als Herrschaftsstrategien, dass dem Sprechen über ‚Natur‘ immer schon herrschaftsförmige Implikationen innewohnen. Deshalb dienen Natursemantiken rechten Ideologien als scheinbare Rechtfertigung ‚natürlicher‘ Differenzen und als Begründung ihres Herrschaftsanspruches über naturalisierte und damit entmenschlichte und marginalisierte Individuen und Kollektive. Der Verweis auf eine vermeintlich ‚natürliche Ordnung‘ ziele somit auf die hierarchische Einordnung von Menschen zum Zweck der Herrschaftslegitimation ab.

In dem Vortrag *Unsicherheit im Herzen der Herstellungspraxen naturalisierter Ordnungen – Race und trans* als fundierende Kategorien im Kontext der Sexualhormon-*

forschung zeigte *Helen Stephan* (Bremen) am Beispiel der Geschichte der Sexualhormonforschung auf, welche Rolle die Ungewissheit in der (natur-)wissenschaftlichen Wissensproduktion spielt. Das Ziel, fundiertes und eindeutiges Wissen über *Race* und die Sexualität des Menschen zu generieren, zu dessen Zweck zahlreiche Experimente und Menschenversuche durchgeführt wurden, entsprang, so Stephen, aus der Unsicherheit darüber, wie Menschen durch biologistische Merkmale voneinander zu unterscheiden seien. Als Folge quantitativer Forschung, welche durch standardisierende Instrumentarien Normabweichungen ausschlossen und negierten, um Eindeutigkeit zu erzeugen, entwickelte sich so beispielsweise der Rassismus und die Idee der heterosexuellen Geschlechtsbinarität. Dass der Einfluss dieser aus dem Wunsch nach vermeintlicher Gewissheit erwachsenen, konstruierten und produzierten Artefakte der Naturwissenschaft bis in die Gegenwart ungebrochen ist, zeige sich etwa im exkludierenden Transsexuellen- oder im Aufenthaltsgesetz als Ergebnisse einer nationalstaatlichen Biopolitik, die sich immer noch mit der Frage „des wer ist was und wer gehört dazu“ beschäftige.

Constanze Stutz (Frankfurt a.M.) widmete sich in dem Vortrag *Gesellschaftlich unsagbares sagbar machen – Über das Potenzial der Ungewissheit in utopischen Vorgriffen und präfigurativer Praxis* den feministischen Potenzialen, welche sich aus der Verunsicherung vermeintlich ‚natürlicher‘ Ordnungen ergeben. Unter Rückgriff auf Überlegungen, unter anderem, von Bini Adamczak, Eva von Redecker oder Erik Olin Wright, verwies Stutz auf die Möglichkeiten eines radikalen gesellschaftlichen Wandels, der sich durch einen utopischen Vorgriff und die Erprobung neuer Beziehungsweisen in der feministischen politischen Praxis ergebe.

Im Vortrag *Zwischen Aushalten-Können und kollektiver Sorgepraxis: Demokratisches Widersprechen in Zeiten autoritärer Bedrohung* setzte sich *Carolyn Zieringer* (Bremen) mit der Frage auseinander, welche Rolle das Widersprechen in unterschiedlichen politischen Diskursen einnimmt. Anhand einer systematischen Einordnung unterschiedlicher Widerspruchsformen zeigte Zieringer, dass Widerspruch in autoritären Diskursen zum Anlass der Unterdrückung von Dissident:innen werde, während liberale Diskurse das Aushalten-Müssen von Widerspruch akzentuieren. Im linksprogressiven Diskurs werde der im liberalen Aushalten-Müssen ignorierte Einfluss bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse berücksichtigt und danach gefragt, wer wessen Widerspruch aushalten müsse. Demgegenüber betonen queere und Schwarze Feminismen weniger die individuelle Dimension des Widerspruchs, sondern die kollektive Praxis der Fürsorge und des Leisten-Könnens.

Der Bremer Theoriekongress der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte verdeutlichte, wie wichtig plurale Perspektiven und Theorieangebote sind, um das schwer zu fassende Phänomen der Ungewissheit gewinnbringend untersuchen zu können. Gerade die zahlreichen Beiträge von Nachwuchswissenschaftler:innen, denen durch das Kongressformat der Raum gegeben wurde, ihre Überlegungen mit einem breiten Publikum zu teilen, bereicherten die Diskussionen durch eine Vielzahl von Stimmen und Sichtweisen. Hierzu lieferte auch der konstruktive Austausch mit den zahlreich

anwesenden Theoretiker:innen aus dem Ausland einen wichtigen Beitrag und sorgte nebenbei auch für eine stärkere internationale Wahrnehmung der deutschsprachigen politischen Theorie. Auch wenn es hier und da zu kleineren Problemen kam, was bei einem Kongress dieser Größenordnung nicht ausgeschlossen werden kann, kann dieses für die Theoriesektion präzedenzlose Kongressformat als Erfolg gewertet werden.³

Literatur

- Agenda Europa, 2014: Restoring the Natural Order. An Agenda for Europe; <https://agendaeuropa.wordpress.com/restoring-the-natural-order/>, 30.01.2024.
- Ahmed, Sara, 2014: *Willful Subjects*, London. <https://doi.org/10.1515/9780822376101>
- Amin, Samir, 1990: *Delinking: Towards a Polycentric World*, London.
- Fukuyama, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*, New York.
- hooks, bell, 1989: Choosing the Margin as a Space of Radical Openness. In: *Framework: The Journal of Cinema and Media* 36, 15–23.
- Isin, Engin, 2004: The neurotic Citizen. In: *Citizenship Studies* 3, 217–235. <https://doi.org/10.1080/1362102042000256970>
- Wollin, Sheldon, 2016: *Fugitive Democracy: And Other Essays*, Princeton. <https://doi.org/10.23943/princeton/9780691133645.001.0001>
- Žižek, Slavoj, 2012: Living in the Time of Monsters. In: *Counterpoints* 422, 32–44.

3 Eine tiefergehende Auseinandersetzung findet sich unter: <https://www.theorieblog.de/index.php/2023/10/kongress-splitter-theoriekongress-v-sektionstagung-fight/>, 30.01.2024.